

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

es gibt keinen Zweifel, die Kosten der Berufsausbildung sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Damit hat nicht nur der Staat in dieser Zeit in der Bildung tüchtig zugelegt, die Wirtschaft hat es eher noch mehr.

Die Kostensteigerung wird gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten und gleichzeitigem hohen Nachfragedruck durch die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge von den Ausbildungsbetrieben besonders deutlich registriert. Dies kann nicht verwundern, tragen sie doch die Last der Ausbildung für die gesamte Wirtschaft.

Viele Gründe haben – neben den allgemeinen Preissteigerungen – zu dem Kostenanstieg beigetragen:

- Mehr und besser ausgebildete Ausbilder und längere Unterweisungszeiten schlagen bei den Personalkosten für die Ausbildung immer stärker zu Buche.
- Aus der „Lehrlingsbeihilfe“ von früher ist bei einem Teil der Berufe eine respektable „Ausbildungsvergütung“ geworden.
- Die Anteile an Ausbildung, die der einzelne Betrieb aufgrund des technischen Fortschritts nicht mehr am Arbeitsplatz vermitteln kann, sind gestiegen und damit auch die Ausgaben für ergänzende Ausbildung in überbetrieblichen Berufsbildungseinrichtungen.
- Die Erträge aus produktiven Leistungen der Auszubildenden sind auch gestiegen, aber nicht schneller als die Kosten insgesamt. Ihr Entlastungseffekt ist damit im Durchschnitt etwa gleich.

Wirtschaftliche Einsicht in die Notwendigkeit einer qualitativ hoch-

Ausbildungskosten: Verschiebung zugunsten des Ausbildungspersonals

Rückgang des Anteils der Ausbildungsvergütung

Zugunsten des Ausbildungspersonals haben sich die Ausbildungskosten zwischen 1972 und 1980 verschoben. Bei den Ausbildungsvergütungen waren dagegen die Kostensteigerungen geringer als die Kostensteigerungen insgesamt. Im Handwerk sind die Kosten stärker gestiegen als in Industrie und Handel. Sie haben sich damit in den beiden wichtigsten Ausbildungsbereichen aneinander angenähert. Dies geht aus der Untersuchung „Nettokosten der betrieblichen Berufsausbildung“ hervor, die jetzt im Bundesinstitut für Berufsbildung fertiggestellt wurde. Die Untersuchung basiert auf einer mündlichen und schriftlichen Erhebung bei über 2.000 Ausbildungsbetrieben in ausgewählten Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Ziel war es, die Daten für Kosten und Erträge zu ermitteln, die bei der betrieblichen Berufsausbildung in 45 stark besetzten Ausbildungsberufen im Jahre 1980 entstanden.

Ein Betrieb, der im Jahre 1980 in einem der 45 untersuchten Ausbildungsberufe ausbildete, wendete im Durchschnitt insgesamt 17.043,- DM für einen Auszubildenden auf. Diesen Bruttokosten standen Erträge in Höhe von 6.754,- DM gegenüber. Für die Ausbildung eines Auszubildenden in einem Jahr ergaben sich für den Betrieb somit 10.289,- DM Nettokosten. Davon entfielen 5.954,- DM auf die Ausbildungsvergütung. Dieser für den Ausbildungsbetrieb am deutlichsten merkbare Kostenfaktor machte damit 58 % der Nettokosten bzw. 35 % der Bruttokosten aus.

Bei der Betrachtung der einzelnen Ausbildungsbereiche zeigen sich beträchtliche Unterschiede:

- Die **Bruttokosten** bewegen sich zwischen 23.689,- DM im Öffentlichen Dienst und 13.825,- DM in der Landwirtschaft. Der Bereich Industrie und Handel folgt nach dem Öffentlichen Dienst an zweiter Stelle gefolgt von den Bereichen Freie Berufe und Handwerk.
- Bei den **Erträgen** kehrt sich die bei den Bruttokosten festgestellte Rangfolge nahezu um. Die Landwirtschaft liegt mit Erträgen von 10.181,- DM an der Spitze, der Öffentliche Dienst weist mit 3.733,- DM die geringsten Erträge aus.
- Dementsprechend ist bei den **Nettokosten** der Abstand zwischen den Bereichen noch grö-

wertigen Aus- und Weiterbildung ist vor allem maßgebend dafür, daß die Unternehmungen und Verwaltungen die steigenden Kosten übernehmen. Da diese Gründe offenliegen und die Entwicklung der einzelnen Kostenfaktoren bekannt ist, kann die Diskussion inzwischen versachlicht und differenziert geführt werden:

Die Ausbildungsvergütungen zum Beispiel waren immer auch ein Werbeinstrument für eine Ausbildung in bestimmten Berufen, vor allem in Zeiten, in denen „Ungelernte“ rasch gut Geld verdienen konnten. Auch heute gibt es noch sehr niedrige Ausbildungsvergütungen. Sie sind insgesamt langsamer gestiegen als die gesamten Kosten der Ausbildung und die Kosten für das Ausbildungspersonal. Wenn man den besten Facharbeiter als Ausbilder haben will, dann muß es für sie oder ihn auch finanziell ein Anreiz sein.

Wenn die Entwicklung der Arbeitsplätze bestimmte Anforderungen an die Ausbildung nach sich zieht, dann muß man sich darauf einrichten.

Hohe Ausbildungsqualität kostet ihren Preis, das wird heute nicht mehr bestritten. Umgekehrt bedeutet aber nicht jede Kostensteigerung gleichzeitig auch eine Qualitätsverbesserung. Mehr Attraktivität der beruflichen Bildung ist gefordert, wenn mit zurückgehenden Schülerzahlen die Konkurrenz zwischen den weiterführenden Bildungswegen steigt. Neue Technologien, neue Werkstoffe, neue Arbeitsorganisationen wirken sich auch auf Inhalt, Organisation und Ablauf der Ausbildung aus. Beides wird mit Sicherheit kostenwirksam werden, denn die Organisation des Lernens am Arbeitsplatz wird schwieriger. Man wird deshalb auch künftig genau hinsehen müssen, wie die Weiterentwicklung der Berufsbildung sich auf der Kostenseite auswirkt. Diese Entwicklung läßt sich am besten und leichtesten durch eine kontinuierliche Betrachtung einzelner Betriebe beobachten.

Nicht alle Ausbildungskosten verursachen zusätzliche Ausgaben. Zum Beispiel müssen Fachkräfte bezahlt werden, ob sie nun zeitweise ausbilden oder nicht. Aber wenn sie ausbilden, werden die Lohnanteile, die auf die Ausbildungszeit entfallen, als Ausbildungskosten gerechnet. Dies gilt für alle, besonders aber

für Klein- und Mittelbetriebe, die keine hauptberuflichen Ausbilder beschäftigen.

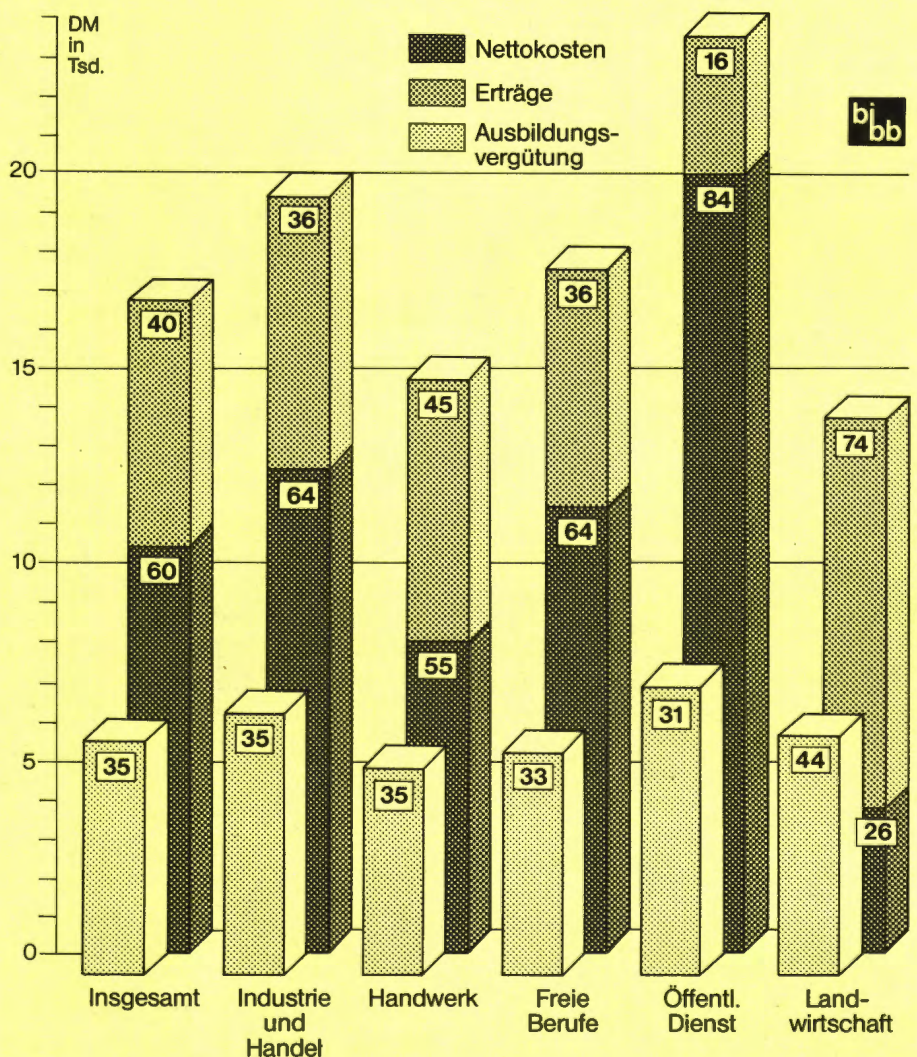
„Was nichts kostet, ist auch nichts!“ weiß der Volksmund. Dies gilt auch für eine zukunftsorientierte, qualitativ einwandfreie berufliche Bildung. Auf guter Qualifikation der Jugend beruht unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft. Sie ist Grundlage jedes erfolgreichen Arbeitslebens. Berufsbildung muß uns deshalb einen hohen Einsatz wert sein.

Hermann Wunick

ber. Im Öffentlichen Dienst übersteigen sie mit 19.956,- DM den Gesamtdurchschnitt der Nettokosten um 94 %. Die nächst höchsten Nettokosten weist der Bereich Industrie und Handel mit 12.447,- DM auf. Im Bereich der Freien Berufe liegen sie mit 11.276,- DM um rd. 1.000,- DM über dem Gesamtdurchschnitt (10.289,- DM), während sie im Handwerk mit 7.949,- DM um 23 %, in der Landwirtschaft mit 3.644,- DM sogar um 65 % unter dem Gesamtdurchschnitt liegen.

Bruttokosten pro Auszubildenden im Jahre 1980 im Durchschnitt über alle Ausbildungsberufe und nach Ausbildungsbereichen sowie Anteile der Nettokosten, Erträge und Ausbildungsvergütungen

- in % -



■ Die Relation von Nettokosten zu Erträgen beträgt im Durchschnitt über alle untersuchten Berufe 60 % zu 40 % der Bruttokosten. In den beiden gewichtigsten Ausbildungsbereichen unterscheidet sich diese Relation deutlich. In Industrie und Handel beträgt sie 64 % zu 36 %, im Handwerk 55 % zu 45 %.

Struktur der Ausbildungskosten

Für Untersuchungen zur Struktur der Ausbildungskosten werden die gesamten Aufwendungen

sonalkosten der Auszubildenden mit 48 % der (Brutto-)Ausbildungskosten der gewichtigste Kostenblock; es folgen die Kosten des Ausbildungspersonals mit 41 %; Anlage- und Sachkosten erreichen mit 6 % und 5 % vergleichsweise geringe Anteile. Die prozentuale Verteilung dieser Kostenblöcke weicht mit Ausnahme der Landwirtschaft kaum von dieser Gesamtstruktur ab.

In der Landwirtschaft nehmen die Personalkosten der Auszubildenden einen überdurchschnitt-

lich hohen Anteil an den Bruttokosten ein.

Bei den Daten der Ausbildungsbereiche handelt es sich um Durchschnittswerte über die für die jeweiligen Bereiche erfaßten Ausbildungsberufe. Insbesondere in Industrie und Handel und Handwerk, für die 19 bzw. 16 Ausbildungsberufe in die Erhebung einbezogen wurden, ist das gesamte Spektrum von gewerblichen, kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen mit hohen und niedrigen Ausbildungskosten vertreten.

„Konkurslehrlinge“

Rund 15.400 Ausbildungsplätze wurden 1982 von Konkursen betroffen. Das sind rund 4.000 mehr als im Jahr zuvor. Dies geht aus einer Schätzung des Bundesinstituts für Berufsbildung auf der Grundlage der Entwicklung der Zahl der Insolvenzen bei Unternehmen hervor. Die wenigsten „Konkurslehrlinge“ liegen jedoch auf der Straße. Sie werden in der Regel durch Sonderprogramme der Kammern und der Länder und durch die Hilfe anderer Ausbildungsbetriebe aufgefangen.

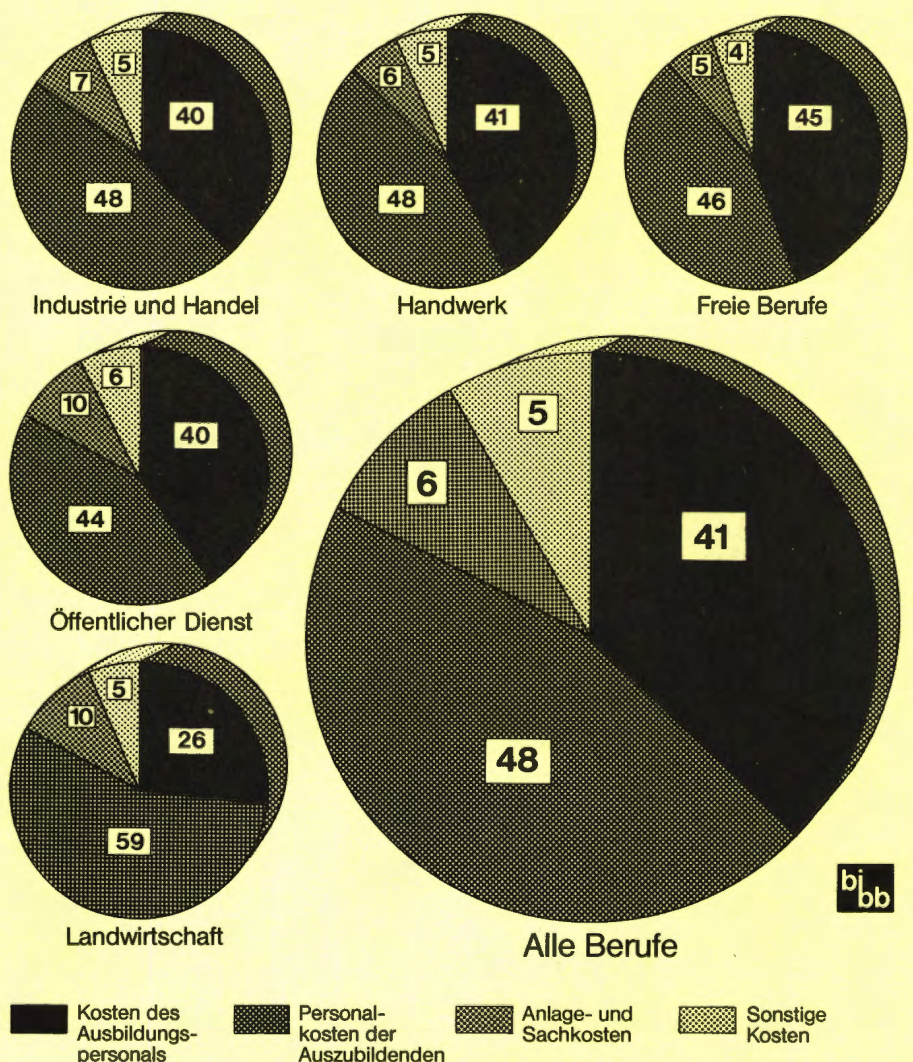
des Betriebes zu folgenden Kostenblöcken zusammengefaßt:

- Kosten des Ausbildungspersonals
- Anlage- und Sachkosten bei der Ausbildung
- Personalkosten der Auszubildenden
- sonstige Kosten (z. B. Lehrmittel, Schutz- bzw. Berufskleidung).

Im Durchschnitt aller erfaßten Ausbildungsberufe sind die Per-

Struktur der Bruttokosten im Durchschnitt über alle Ausbildungsberufe und nach Ausbildungsbereichen

- in % -



Während zwischen den Ausbildungsbereichen im wesentlichen keine großen Unterschiede bei der prozentualen Zusammensetzung der Ausbildungskosten festzustellen sind, treten zwischen einzelnen Ausbildungsberufen doch große Abweichungen auf.

Entwicklung der Ausbildungskosten zwischen 1972 und 1980

Von 1972 bis 1980 sind die Nettokosten pro Auszubildenden und Jahr im Durchschnitt nominal um 135 % gestiegen. Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung der tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter entspricht dies einer realen Kostensteigerung von rd. 33 %.

Die Kostensteigerungen waren in den einzelnen Ausbildungsbereichen sehr unterschiedlich:

■ Brutto- und Nettokosten sind in den vergangenen Jahren im Handwerk stärker gestiegen als in Industrie und Handel; damit haben sich die Kosten in den beiden gewichtigsten Ausbildungsbereichen aneinander angenähert.

■ Im Bereich der Freien Berufe – im Gesundheitswesen und bei den beratenden Berufen – und in der Landwirtschaft treten zum Teil extrem große Steigerungen der Nettokosten auf. Bei diesen Bereichen lagen die Erträge in 1972 auf einem vergleichsweise sehr hohen Niveau, die Steigerungsraten der Erträge bis 1980 sind sehr gering, im Gesundheitswesen und bei den beratenden Berufen gehen sie real sogar zurück.

■ Die Ausbildungsvergütungen sind – mit Ausnahme der Landwirtschaft – in allen Bereichen deutlich weniger gestiegen als die Brutto- und Nettokosten. Dementsprechend ist der Anteil der Ausbildungsvergütung an den Bruttokosten in allen Bereichen mehr oder weniger deutlich gefallen, im Gesamtdurchschnitt von 43 % auf 35 %.

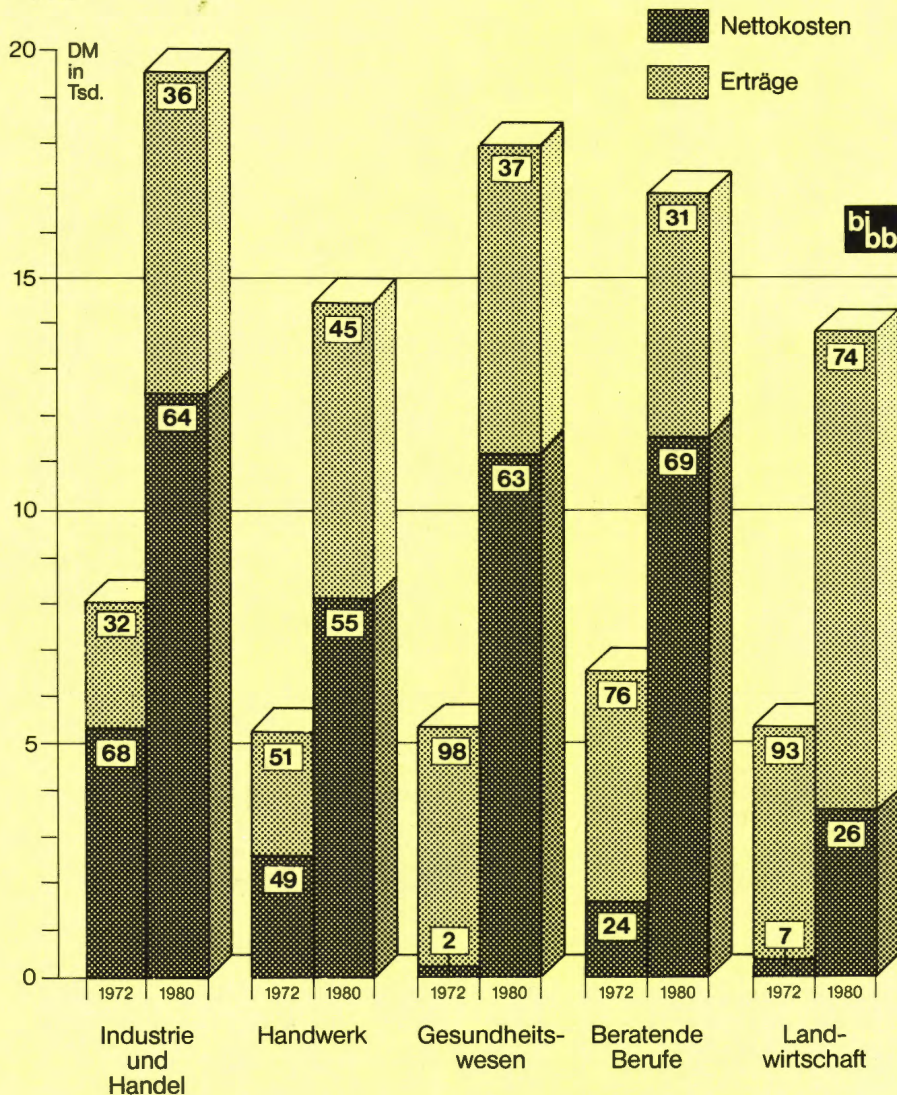
Die prozentuale Aufteilung der gesamten Ausbildungskosten auf die Kostenarten Kosten des Ausbildungspersonals, Anlage- und Sachkosten, Ausbildungsvergütung und Sonstige Kosten (einschl. Personalnebenkosten der Auszubildenden) hat sich deutlich verschoben:

■ In allen Ausbildungsberufen ist der Anteil der Kosten des Ausbildungspersonals deutlich angestiegen. Lag 1972 für die Mehrzahl der Berufe der Kostenanteil des Ausbildungspersonals zwischen 10 % und 25 % der Bruttokosten, liegt er 1980 bei 40 %.

■ Der Anteil der Ausbildungsvergütung an den Gesamtkosten ist in allen Berufen zurückgegangen; der Rückgang schwankt zwischen 4 und 18 Prozentpunkten.

Veränderung der Bruttokosten, Erträge und Nettokosten von 1972 bis 1980 in einzelnen Ausbildungsbereichen

– in % –



Weiterbildung zum Industriemeister

System der bundeseinheitlichen Abschlüsse wird immer dichter

Auf insgesamt zehn ist mit dem Erlass der Industriemeister-Verordnung 'Papierverarbeitung' die Zahl der bundeseinheitlichen Abschlüsse in der Weiterbildung zum Industriemeister gestiegen. In den Fachrichtungen Metall, Chemie, Druck, Glas, Papiererzeugung, Elektrotechnik, Fotobildtechnik, Textil, Kraftverkehr und Papierverarbeitung haben die Prüfungsteilnehmer die Möglichkeit, ihre Prüfungen nach staatlich erlassenen, bundeseinheitlichen Prüfungsordnungen abzulegen. Für die Fachrichtung Kunststoff- und Kautschuktechnik wird eine solche Regelung derzeit vorbereitet. Auch für andere Wirtschaftsbereiche werden vergleichbare Regelungen entwickelt. Dabei handelt es sich um den Meister im Gastgewerbe und um die Ver- und Entsorgung. Insgesamt kann mit bis zu 20 Fachrichtungen im Laufe der nächsten Jahre gerechnet werden.

Ziel der bundeseinheitlichen Regelungen ist es, die bisherige Zersplitterung in ca. 70 spezialisierte und veraltete Regelungen abzulösen. Das Industriemeister-Konzept und die einzelnen nach § 46.2 Berufsbildungsgesetz erlassenen Weiterbildungs-Ord-nungen wurden in enger Zusammenarbeit von Vertretern der Industrie- und Handelskammern, der Fachverbände der Industrie, der Gewerkschaften und der Wissenschaft entwickelt.

Jährlich legen etwa zwischen 5.000 und 6.000 junge Facharbeiter eine Meisterprüfung bei den Industrie- und Handelskammern ab. Mit den bisher erlassenen zehn Weiterbildungsordnungen werden etwa 80 % der Prüfungsteilnehmer erreicht. Dies sind etwa 4.000 Prüfungsteilnehmer pro Jahr. Davon hat allein die Fachrichtung Metall mit ca. 2.500 Prüfungsteilnehmern pro Jahr den größten Anteil. Es folgen die Fachrichtungen Elektrotechnik mit ca. 600, Chemie mit ca. 300 sowie Druck und Textil mit jeweils ca. 200 Prüfungsteilnehmern pro Jahr. Weitere 200 Prüfungsteilnehmer verteilen sich

auf die Fachrichtungen Glas, Papiererzeugung und Bau (Polier) sowie Kraftverkehr und Fotobildtechnik.

Der moderne Industriemeister ist eine Führungskraft im Industriebetrieb an der wichtigen Nahtstelle zwischen der ihm vorgegebenen Produktionsplanung und der ihm unterstellten Produktionsführung. Auch von seiner Leistungsfähigkeit hängt sowohl der reibungslose Produktionsablauf in den Betrieben als auch der tägliche Arbeitsablauf für die Beschäftigten in wesentlicher Weise ab. Gegenüber dem Handwerksmeister hat der Industriemeister zwar eine gleichrangige aber in wesentlichen Teilen andersartige Qualifikation.

Allen Industriemeister-Verordnungen liegen annähernd gleiche Zulassungsvoraussetzungen zugrunde: Alle Prüfungsteilnehmer müssen in der Regel den Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf und eine mindestens dreijährige einschlägige Berufserfahrung nachweisen. Prüfungsteilnehmer ohne einen Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf müssen über

eine langjährige Berufspraxis verfügen oder ihre Eignung anderweitig nachweisen.

Alle o. g. Prüfungsordnungen im Meisterbereich basieren auf dem § 46.2 des Berufsbildungsgesetzes und gliedern sich systematisch in folgende drei Teile:

- Den fachrichtungsübergreifenden Teil, der bei allen Industriemeisterverordnungen identisch ist und der das Grundlagenwissen beinhaltet, das für das kosten- und rechtsbewußte Handeln im Betrieb sowie das Führen und Leiten der Mitarbeiter von Bedeutung ist;
- den fachrichtungsspezifischen Teil, der das branchenbezogene Fachwissen umfaßt;
- den berufs- und arbeitspädagogischen Teil, der der Ausbilder-eignungsverordnung entspricht und – nach bestandener Prüfung – nunmehr auch die Industriemeister zum Ausbilden berechtigt und befähigt.

In jedem Prüfungsfach sind den Prüfungsinhalten sog. Präambeln vorangestellt. Sie sollen sicherstellen, daß die Prüfung nicht ausschließlich im Abfragen theoretischer Inhalte besteht, sondern daß die Prüfungsinhalte möglichst durch praxis- und problemorientierte Aufgaben ergänzt werden. Dies gilt insbesondere für das Prüfungsfach „Fertigungstechnik“, in dem in einigen Prüfungsordnungen an einer komplexen Situationsaufgabe Kenntnisse über die Herstellung eines Produkts nachgewiesen werden sollen. Zur Lösung derartiger Aufgaben muß der Prüfungsteilnehmer insbesondere die Fähigkeit besitzen, Kenntnisse aus verschiedenen Gebieten – z. B. Kostenwesen, Materialkunde und Fertigungstechnik – miteinander verknüpfen zu können.

Zahl der Abiturienten mit Berufsausbildung seit 1977 fast verdoppelt

Fast verdoppelt hat sich seit 1977 die Zahl der Abiturienten im Beschäftigungssystem, die über eine Berufsausbildung (z. B. Lehre, Berufsfachschulabschluß), aber keinen Studienabschluß verfügen.

Sie stieg von rund 123.000 1977 auf fast 223.000 1981. Dagegen ist die Zahl der Abiturienten ohne jegliche Berufsausbildung im gleichen Zeitraum von ca. 174.000 auf 168.000 sogar leicht gefallen. Dies geht aus einer Auswertung der Daten der Beschäftigungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit durch das BIBB hervor.

An dieser Entwicklung sind die männlichen Abiturienten in besonderem Maße beteiligt, deren Zahl von rd. 72.000 (mit Berufsausbildung) auf rund 133.000 stieg, während die ohne Berufsausbildung von ca. 111.000 auf 93.000 abnahmen. Dagegen wuchs die Zahl der Abiturientinnen in beiden Gruppen,

von rd. 52.000 (mit Berufsausbildung) auf rd. 89.000 und von rd. 63.000 (ohne Berufsausbildung) auf rund 75.000. Die Zunahme ist allerdings deutlich geringer als bei ihren männlichen Kollegen.

Erwartungsgemäß sind Abiturienten in den Dienstleistungsberufen am stärksten vertreten. Innerhalb dieser Berufe dominieren Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe vor den Dienstleistungskaufleuten und zugehörigen Berufen. Aber auch in den technischen Berufen liegt der Anteil über dem der Beschäftigten insgesamt. In den Fertigungsberufen sind sie dagegen deutlich unterrepräsentiert.

Steigendes Ausbildungsinteresse

Die Zahl der Ausbildungsplatzbewerber, die schon längere Zeit die Schulen verlassen haben, ist laut einer Auswertung des Bundesinstituts für Berufsbildung in dem einen Jahr von 1981 auf 1982 von 91.000 auf über 110.000 angewachsen. Dies ist eine Zunahme von mehr als 20 %. Nach der zugrundeliegenden Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit wuchs demgegenüber die Zahl der Bewerber aus dem jeweils entsprechenden Schulabgängerjahrgang „nur“ um 12 %. Gründe für dieses gestiegene Ausbildungsinteresse der „Altnachfrager“ liegen in den zunehmend enger werdenden Erwerbschancen der ungelerten Arbeitskräfte. Dem will man nach einer drohenden bzw. aktuellen Arbeitslosigkeit vermehrt durch den Beginn einer Berufsausbildung begegnen.

Dies gilt auch für Jugendliche ohne Schulabschluß. Ihr Anteil an den Bewerbern ist insbesondere im ländlichen Raum angewachsen.

Fernunterricht hat eigenes Publikum

Entgegen der landläufigen Ansicht wird Fernunterricht von Weiterbildungsinteressenten nicht als „zweitbeste“ Möglichkeit ertragen, sondern bewußt als die geeignete Form der Weiterbildung in der aktuellen Lebens- und Berufssituation gewählt.

Wie eine Auswertung der Daten zur regionalen Herkunft und zur Kurswahl von ca. 25.000 Fernunterrichtsteilnehmern ergab, kommen die Teilnehmer überwiegend aus Regionen, in denen ein hinreichend breitgefächertes Angebot anderer Weiterbildungsmöglichkeiten ist. Daß dennoch die Alternative Fernunterricht gewählt wird, liegt vor allem

darin, daß sich diese Form der Weiterbildung am ehesten mit den Verpflichtungen in Beruf, Familie und Freundeskreis vereinbaren läßt.

Diese Feststellung hat unmittelbare Folgen für die inhaltliche Gestaltung der Fernkurse und für die Organisation ihrer Durchführung. Fernlehrgänge müssen so

organisiert sein, daß sie sich den Lebens- und Berufssituationen der Teilnehmer flexibel anpassen lassen. Insbesondere sollten Lernzeiten nicht durch einen fixen Studienplan vorgegeben werden. Ebenso muß der Umfang von Direktunterrichtsphasen wie Kollegtagen, Wochenendseminaren oder Sommerkursen auf ein didaktisch begründetes Minimum begrenzt bleiben.

Die Ergebnisse der Befragung sind detailliert dargestellt in Heft 9 der Reihe Informationen zum Fernunterricht: „Bildungsentscheidung und Lernverhalten von Fernunterrichtsteilnehmern“ und beim BIBB gegen eine Schutzgebühr von 10,- DM erhältlich.

In der Kaufmännischen Berufsausbildung

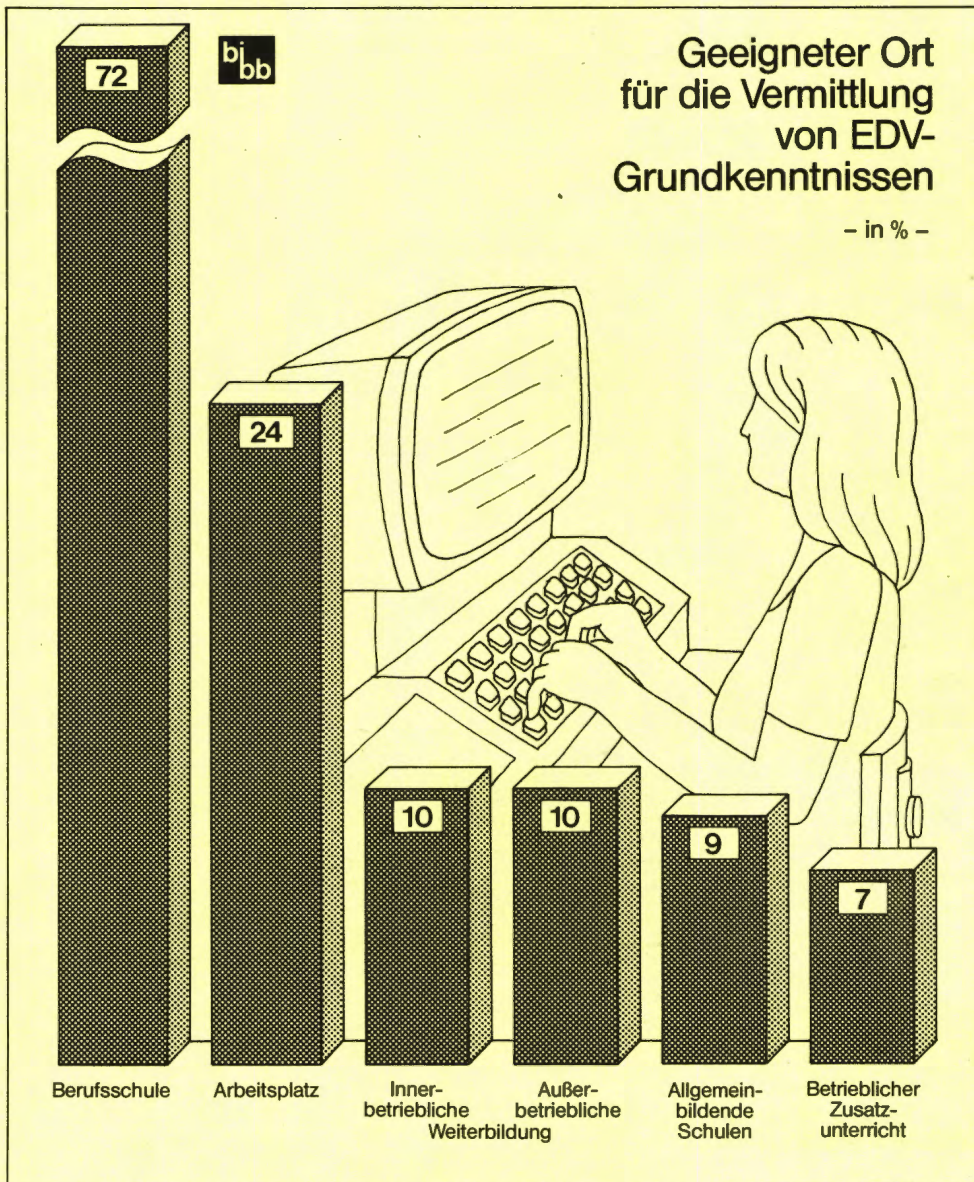
Vermittlung von EDV-Grundkenntnissen unverzichtbar

Als geeigneter Ort für die Vermittlung von EDV-Grundkenntnissen in der Erstausbildung wurde von den Betrieben am häufigsten die Berufsschule genannt (72 %). Dies geht aus einer Befragung von über 3.000 Betrieben durch das Bundesinstitut für Berufsbildung hervor. Der Arbeitsplatz wurde von 24 %, der betriebliche Zusatzunterricht dagegen nur von 8 % der Betriebe als geeigneter Lernort angesehen. Jeweils 10 % der Betriebe waren der Meinung, daß EDV-Grundkenntnisse in der innerbetrieblichen Weiterbildung bzw. der außerbetrieblichen Weiterbildung vermittelt werden sollen. Nach der Auffassung von 9 % der Betriebe sollen EDV-Grundkenntnisse bereits in den allgemeinbildenden Schulen vermittelt werden. Ein großer Teil der Betriebe sah nicht nur einen Lernort, sondern die Kombination mehrerer Lernorte als für die Vermittlung von EDV-Grundkenntnissen geeignet an.

Die Befragung des BIBB hatte das Ziel, einen Überblick über die gegenwärtige Verbreitung der elektronischen Daten- und Textverarbeitung und die Auswirkungen der neuen Technologien auf die Struktur des kaufmännischen Personals und die betriebliche Ausbildung zu gewinnen. Dabei zeigte sich, daß von den befragten Betrieben 1981 knapp die Hälfte (47 %) Geräte der elektronischen Datenverarbeitung einsetzte. Überdurchschnittlich häufig setzen die EDV Kreditinstitute und Versicherungen ein. Der Anteil der Betriebe, die EDV-Geräte einsetzen, nimmt mit der Betriebsgröße rasch zu.

Auch in den kommenden 5 Jahren wird noch ein erheblicher Teil der Betriebe keine EDV- und Textverarbeitungsgeräte einsetzen. Genau die Hälfte aller Nichtanwender der EDV, sowie 58 % der Nichtanwender der Textverarbeitungstechnik plant auch in den kommenden 5 Jahren nicht, erstmals entsprechende Geräte einzusetzen. Realisieren die Betriebe ihre Planung, so werden 1986 57 % der Betriebe im IHK-Bereich EDV-Geräte und 24 % Textverarbeitungsgeräte einsetzen.

Die vom Bundesinstitut für Berufsbildung jetzt vorgelegte Studie „Informationstechnik in Büro und Verwaltung II“ von Uwe Grünwald und Richard Koch enthält Aussagen über die Verbreitung und Anwendung von Geräten der elektronischen Datenverarbeitung sowie von Textverarbeitungsgeräten, Angaben über die personellen Auswirkungen des Einsatzes von EDV- und Textverarbeitungsgeräten sowie weitere Aussagen über die Auswirkung des EDV-Einsatzes auf die kaufmännische Berufsausbildung. Sie ist beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Referat Presse- und Veröffentlichungswesen, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, gegen eine Schutzgebühr von 10,- DM zu beziehen.



Teilnahme an Bildungsmaßnahmen förderungsabhängig

Die Förderung der beruflichen Bildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit wird stark von der Haushaltslage des Bundes beeinflusst. Dies zeigt die Entwicklung der Eintritte in solche Maßnahmen in den letzten Jahren. Durch die Reduzierung der Förderung aufgrund des Haushaltsstrukturgesetzes von 1975/76 kam es zu einem drastischen Rückgang der Eintritte in berufliche Bildungsmaßnahmen. Die neuerlichen Einschränkungen der Förderung durch das Arbeits-

förderungs-Konsolidierungsgesetz von 1981/82 haben dagegen bisher nur zu einem vergleichsweise geringen Rückgang der Eintritte in berufliche Bildungsmaßnahmen geführt. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich gegenüber 1975/76 der primär für Bildungsmaßnahmen in Frage kommende Personenkreis der Arbeitslosen erheblich erweitert hat. Dieser Arbeitsmarktsituation entsprechend verlagert sich die Förderung auf die Zielgruppe der Arbeitslosen.

Berufsvorbereitung

Für viele Jugendliche, die in der Schule nicht das nötige Rüstzeug für eine unmittelbar anschließende Berufsausbildung erhalten haben und sozial benachteiligte Jugendliche haben sich berufsvorbereitende Maßnahmen bewährt. Dies ist das Fazit eines Berichts über 8 Modellversuche zur Berufsvorbereitung, den das Bundesinstitut für Berufsbildung jetzt vorgelegt hat. Die Modellversuche wurden mit Mitteln des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft unterstützt und vom Bundesinstitut für Berufsbildung betreut.

Als besonders förderlich erwiesen sich u. a.

- eine enge inhaltliche Abstimmung zwischen Berufsvorbereitung und -ausbildung
- ein differenziertes Aufnahmeverfahren für die tatsächliche Zielgruppe
- eine flexible Ausbildungsplanung für die Teilnehmerschaft
- die Einbeziehung von Betrieben in Form von Betriebspraktika
- eine möglichst in den berufsvorbereitenden Maßnahmen angesiedelte fachtheoretische Unterweisung.

Der Sammelband „Berufsvorbereitende Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche. Praxisberichte aus Modellversuchen“ enthält Berichte über solche berufsvorbereitenden Maßnahmen und Erfahrungen mit deren Absolventen in der Berufsausbildung.

Aus einem Modellversuch wird berichtet, wie unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Jugendlichen eine berufsvorbereitende Maßnahme in eine Berufsausbildung im Ausbildungsverbund übergeführt werden konnte.

Der Sammelband ist als Heft 12 der Reihe Modellversuche zur beruflichen Bildung erschienen und gegen eine Schutzgebühr von 15,- DM beim Referat Presse- und Veröffentlichungswesen des Bundesinstituts für Berufsbildung, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31, zu beziehen.

Eintritte in berufliche Bildungsmaßnahmen seit 1971*

1) nach Art der Maßnahme

2) nach Art der Meldung beim Arbeitsamt vor Beginn der Maßnahme

